

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Klimmek

Datum:
17.09.2020

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Neutralität der Verwaltung in Tarifverhandlungen" (Antrag der Ratsfrauen Grunau, Weinert-Brieger und Pauly sowie des Ratsherrn Pauly vom 17.09.2020, eingegangen am 17.09.2020 um 11:59 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	29.09.2020	Verwaltungsausschuss
Ö	01.10.2020	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. beigefügter Antrag der Ratsfrauen Grunau, Weinert-Brieger und Pauly sowie des Ratsherrn Pauly vom 17.09.2020, eingegangen am 17.09.2020 um 11:59 Uhr

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: s. Stellungnahme
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:
 - Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag der Ratsfrauen Grunau, Weinert-Brieger und Pauly sowie des Ratsherrn Pauly vom 17.09.2020, eingegangen am 17.09.2020 um 11:59 Uhr

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Oberbürgermeister Mädge
- Rathaus -

21335 Lüneburg

Ratsfrauen und Ratsherr:

Jule Grunau
Lisa Pauly
Michèl Pauly
Annika Weinert-Brieger

17.09.2020

Neutralität der Verwaltung bei der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

Die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg wird aufgefordert, in ihren öffentlichen Darstellungen und auf ihren Kommunikationskanälen auf jede Parteinahme innerhalb der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst zu verzichten. Es sollen insbesondere keine zeitlichen, personellen oder finanziellen Ressourcen und keinerlei Infrastruktur der Verwaltung eingesetzt werden, um einseitig Partei zu ergreifen und die Interessen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zu unterstützen. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Hansestadt Lüneburg, ihrer Verwaltung und des Oberbürgermeisters soll künftig strikt von jener der VKA-Verhandlungsleitung getrennt werden.

Begründung:

Seit dem 26.08.2020 findet sich in der Rubrik der „Aktuellen Pressemitteilungen“ auf der Website der Hansestadt Lüneburg ein Beitrag mit dem Titel „VKA weist Gewerkschaftsforderungen zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst als ‚völlig überzogen und falsches Signal in der Corona-Krise‘ zurück.“¹ Bereits der Titel impliziert eine klare Parteinahme, die im Textverlauf konsequent fortgesetzt wird. Der Beitrag reagiert auf die Bekanntgabe der Forderungen der Gewerkschaften ver.di, dbb beamtenbund und tarifunion für die Tarifrunde der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und weist diese eindeutig parteiisch zurück. Die Forderungen der Gewerkschaften werden dabei in einer tendenziösen bis offen abwertenden Wortwahl beschrieben. Zwei der insgesamt vier Absätze des Beitrags bestehen fast ausschließlich aus umfangreichen parteiischen direkten Stellungnahmen von Verhandlungsführer Mädge und VKA-Hauptgeschäftsführer Benrath; der letzte Absatz ist ein Werbeblock für den VKA. Der Urheber des Beitrags ist für Leser*innen nicht eindeutig erkennbar: In einer ersten Überschrift wird der Beitrag zu den „Pressemitteilungen der Hansestadt Lüneburg“ gezählt, in einer zweiten Überschrift dagegen als „Pressemittlung [sic!] der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände)“ ausgewiesen.

¹ Link: <https://www.hansestadtlueneburg.de/Home-Hansestadt-Lueneburg/Stadt-und-Politik/Aktuelles-hansestadt-lueneburg/Aktuelle-Pressemitteilungen/vka-weist-gewerkschaftsforderungen-zur-tarifrunde-im-oeffentlichen-dienst-als-voellig-ueberzogen-und-falsches-signal-in-der-corona-krise-zurueck.aspx>; siehe Anlage 1

Die Verwaltung bietet dem VKA und seinen Interessen damit auf ihrer Website eine Plattform zur Präsentation und zur Positionierung in den Tarifverhandlungen. Bürger*innen der Hansestadt, die sich dort neutral und offen über Themen aus dem Wirkungsbereich der Verwaltung informieren möchten, stoßen auf den genannten parteiischen Beitrag. Das Ergebnis ist nicht Information, sondern Desinformation. Nur mit der Hintergrundinformation, dass in der Hansestadt eine Personalunion von Oberbürgermeister und VKA-Verhandlungsführer besteht (die für einen gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten inhaltlich nicht unbedingt naheliegt), wird ersichtlich, weshalb der Beitrag überhaupt auf der Website steht.

Zusätzlich wurde am 01.09.2020 auf dem Facebook-Account der Hansestadt ein weiterer Beitrag veröffentlicht.² Der Beitrag verweist darauf, dass „Lüneburgs Oberbürgermeister“ anlässlich der ersten Runde der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst „sicherlich zwei Dutzend Interviews“ gegeben habe. Zwar werden die Leser*innen darüber informiert, dass Mäde als VKA-Präsident die Verhandlungen für die kommunalen Arbeitgeber führt. Der Beitrag bleibt aber in seiner Rollenzuschreibung insofern missverständlich, als dass geschrieben wird, dass „der Oberbürgermeister“ diese Interviews gegeben habe. Die Rollen des Oberbürgermeisters und des VKA-Verhandlungsleiters werden hier also ebenfalls nicht so trennscharf voneinander unterschieden wie es für eine transparente, neutrale Bürgerinformation notwendig und wünschenswert wäre.

Im Falle beider Beiträge werden Ressourcen und Infrastruktur der Verwaltung zweckentfremdet, um in den laufenden Tarifaufsetzung im öffentlichen Dienst einseitig Partei für die Interessen der VKA zu ergreifen und diese öffentlich zu befördern. In der skizzierten Berichterstattung manifestiert sich insgesamt ein klarer Konflikt zwischen der Rolle des Oberbürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten und zwischen der Rolle als Verhandlungsleitung des VKA in den öffentlichen Darstellungen der Verwaltung.

Vor allem für die Beschäftigten der Hansestadt Lüneburg ist dieser Konflikt eindeutig spürbar, denn sie sind unmittelbar Betroffene der Tarifverhandlungen. Sie könnten aufgrund der genannten parteiischen Beiträge in den öffentlichen Darstellungen der Verwaltung in einen Loyalitätskonflikt gegenüber ihrem Arbeitgeber und gegenüber ihrem höchsten Dienstherrn, dem Hauptverwaltungsbeamten, geraten.

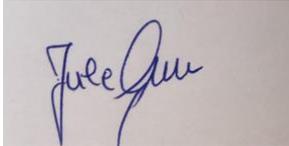
Insbesondere Beschäftigte im Bereich Personal- und Öffentlichkeitsarbeit der Hansestadt, die qua Anstellungsverhältnis dazu angehalten werden, aktiv solche parteiischen Beiträge zu verfassen und/oder auf den Kommunikationskanälen der Hansestadt zu veröffentlichen, werden damit mutmaßlich gezwungen, gegen persönliche tarifliche Forderungen zu handeln. Dies bringt die betroffenen Beschäftigten zugleich in einen Konflikt mit ihren Kolleg*innen, deren Interessen in den Tarifverhandlungen sie damit ebenfalls aktiv unterlaufen.

Gegenüber gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten ist die unmittelbare Verbreitung von VKA-Beiträgen durch die Hansestadt zudem als ein klarer Beeinflussungs- und Einschüchterungsversuch zu bewerten, da der oberste Dienstherr innerhalb der Infrastruktur der Verwaltung als direkter Kommunikator von VKA-Interessen auftritt.

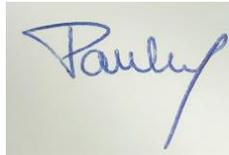
² siehe Anlage 2.

Durch eine konsequente Neutralität in der Berichterstattung über die Tarifverhandlungen und durch einen Verzicht auf die Nutzung der Ressourcen und der Infrastruktur der Hansestadt zur Beförderung der Fremdinteressen des VKA werden städtische Ressourcen gemäß ihrem Sachzweck eingesetzt und die skizzierten Konflikte vermieden.

Freundliche Grüße senden Ihnen



Jule Grunau



Lisa Pauly



Michèl Pauly



Annika Weinert-Brieger

Ansprechpartner & mehr

Pressemitteilungen der Hansestadt Lüneburg



VKA weist Gewerkschaftsforderungen zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst als „völlig überzogen und falsches Signal in der Corona-Krise“ zurück (26.08.2020)

Pressemitteilung der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände)

Berlin. Die Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion haben heute ihre Forderungen bekannt gegeben, mit denen sie in die diesjährige Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehen werden. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) weist diese unangemessenen Forderungen entschieden zurück. Ulrich Mädge, Präsident der VKA und Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber: „Die Forderungen der Gewerkschaften sind völlig überzogen und würden zu Mehrkosten in Höhe von mindestens 5,7 Milliarden Euro führen. Dies zeigt, dass die Gewerkschaften den Ernst der Lage offensichtlich nicht erkannt haben – und das in der schlimmsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Fakt ist: Die Lage der kommunalen Arbeitgeber ist wegen der Corona-Krise dramatisch. Wir haben massive finanzielle Einbrüche zu verzeichnen. Die Kassen sind leer, einen Verteilungsspielraum sehe ich nicht.“

Die Gewerkschaften fordern unter anderem eine Entgelterhöhung von 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro, für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die von der diesjährigen Tarifrunde betroffen sind (ausgenommen sind u.a. die Ärzte in den kommunalen Krankenhäusern). Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen. Weiterhin drängen die Gewerkschaften auf eine Angleichung der Arbeitszeit in Ost- und Westdeutschland auf 39 Stunden je Woche sowie die Einrichtung eines gesonderten Verhandlungstisches für das Gesundheitswesen und den Pflegebereich.

Zudem soll das Thema Entlastung der Beschäftigten eine Rolle spielen. „Das vorliegende Forderungspaket der Gewerkschaften ist in Wahrheit teurer als es scheint: Die wahre Höhe lässt sich bislang noch nicht beziffern“, erläutert VKA-Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath. „Es ist völlig unklar, was am verlangten Verhandlungstisch im Gesundheitswesen und Pflegebereich zusätzlich gefordert werden wird. Auch das Thema Entlastung der Beschäftigten würde für die kommunalen Arbeitgeber teuer werden. Allein ein zusätzlicher freier Tag kostet mehr eine halbe Milliarde Euro. Die Angleichung der Arbeitszeit in Ost- und Westdeutschland bedeutet für ostdeutsche Arbeitgeber ein Volumen von 2,6 Prozent und würde dies mit über 330 Millionen Euro belasten. Zudem schlägt die Forderung nach einem Mindestbetrag in den unteren Entgeltgruppen mit bis zu 7,8 Prozent überproportional zu Buche. All das ist in Summe alles andere als bescheiden, sondern schlicht unzumutbar.“ Ulrich Mädge: „Wir stehen bereit für konstruktive Verhandlungen. Wir brauchen einen Tarifabschluss, der in diese besondere Zeit passt mit einer langen Laufzeit, die uns Planungssicherheit gibt.“

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist der Spitzenverband der kommunalen Arbeitgeberverbände in Deutschland. Sie regelt die Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten und schließt Tarifverträge mit den zuständigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die VKA vertritt mehr als 10.000 kommunale Arbeitgeber in Deutschland mit mehr als 2,4 Millionen Beschäftigten.

[← zurück](#)

[Medienlinks](#)

[Allgemeine Zeitung Uelzen](#)

[Elbe-Göhrde MAGAZIN](#)

[Hamburger Abendblatt](#)

[Landeszeitung für die Lüneburger Heide](#)

[LGheute](#)

[Lünepost](#)

[LZ play](#)

[NDR Fernsehen](#)

[NDR Radioprogramme](#)

[Radio ffn](#)

[Radio ZuSa](#)

[RTL Regional](#)

[Salzsau-Panorama](#)

[Schweriner Volkszeitung](#)

[Stadtmagazin Stadtlichter](#)

[Stadtmagazin Quadrat](#)

[Univativ](#)

[Unsere Wirtschaft](#)

Anlage 2: Facebook-Beitrag der Hansestadt Lüneburg vom 01.09.2020



Lüneburg.de
@hansestadtlueneburg

Startseite

- Beiträge
- Bewertungen
- Videos
- Fotos
- Info
- Community
- Impressum
- Veranstaltungen
- YouTube

Seite erstellen

👍 Gefällt mir 📡 Abonnieren ➦ Teilen ⋮

 **Lüneburg.de** · 2 Tage · 🌐

ARD, ZDF, RTL sicherlich zwei Dutzend Interviews (Symbolfoto / Hansestadt Lüneburg) hat Lüneburgs Oberbürgermeister seit Anfang der Woche gegeben - der Grund: die erste Runde der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst. Mädge führt als VKA-Präsident die Verhandlungen für die kommunalen Arbeitgeber bundesweit. Wer Näheres wissen möchte über die Forderungen beider Seiten, kann u.a. hier Beiträge nachsehen:

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-751401.html>
<https://www.zdf.de/.../tarifrunde-oeffentlicher-dienst-gewerk...>
<https://www.tvnow.de/.../episode-169-teil-1-2-sendung-vom-01-...>



👍 10 4 Kommentare 5 Mal geteilt

01R

ü b e r

a) Herrn Oberbürgermeister Mädge

b) Dez. II

Antrag der Ratsfrauen Grunau, Weinert-Brieger und Pauly sowie des Ratsherrn Pauly vom 17.09.2020

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem o. g. Antrag wird die Verwaltung zur Neutralität bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst und zum Verzicht auf jede Parteinahme in ihren öffentlichen Darstellungen und auf ihren Kommunikationskanälen gebeten. Insbesondere sollen hierbei keine zeitlichen, personellen oder finanziellen Ressourcen und keinerlei Infrastruktur der Verwaltung zugunsten der Parteiergreifung für die Interessen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) eingesetzt werden. Hierzu sei eine strikte Trennung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Hansestadt Lüneburg und der der VKA-Verhandlungsleitung notwendig.

Zu dem vorstehend skizzierten Antrag nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Die Hansestadt Lüneburg ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen (KAV Niedersachsen), der wiederum Mitglied der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist. Herr Ulrich Mädge bekleidet das Amt des Oberbürgermeisters der Hansestadt Lüneburg und zugleich das Amt des Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände im Ehrenamt. Er führt damit u. a. die Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für den Bereich der VKA, also für sämtliche in den kommunalen Arbeitgeberverbänden organisierten Arbeitgeber.

Über die Übernahme des öffentlichen Ehrenamtes hat der Oberbürgermeister den Rat in seiner Sitzung am 27.03.2019 informiert.

Im Kern steht die Frage, ob durch die Veröffentlichungen der VKA-Pressemitteilungen und die damit verbundene Inanspruchnahme von Verwaltungsressourcen die Hansestadt Lüneburg bzw. der Oberbürgermeister gegen die Neutralitätsverpflichtung verstoßen hat.

2. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Hansestadt Lüneburg selbst Arbeitgeberin und damit Tarifvertrags- und Arbeitskampfpartei im Rahmen der aktuellen Tarifverhandlungen ist. Eine Unparteilichkeit der Hansestadt Lüneburg als Arbeitgeber ist in diesem Sinne nicht möglich. Da der Staat (im Sinne der Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts) nicht nur Dienstherr der im öffentlichen Dienst und Treueverhältnis stehenden Beamten, sondern auch Arbeitgeber der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist, gilt für diese Arbeitsverhältnisse auch uneingeschränkt das allgemeine Arbeitsrecht. Der Staat ist insoweit in der gleichen Rechtsstellung wie jeder andere private Arbeitgeber (mit Ausnahme des Grundrechtsschutzes).

Demzufolge kann er als Arbeitgeber auch Arbeitskamppartei sein und die kampftaktischen Möglichkeiten in gleicher Weise nutzen wie jeder private Arbeitgeber auch, ohne dass er hierbei zur Neutralität verpflichtet ist (vgl. Erfurter Kommentar, Kommentar zum Arbeitsrecht, Beck-online, Artikel 9 Grundgesetz, RdN. 148). Die Positionierung im Rahmen des Arbeitskampfes und das Zueigenmachen von Positionen und Pressemitteilungen desjenigen Verbandes, der die eigenen Arbeitgeberinteressen vertritt, stellt damit keinen Verstoß gegen die Neutralitätspflicht dar.

In diesem Sinne ist bei der Verbreitung von Pressemitteilungen auch unter Nutzung und Zueigenmachen der Pressemitteilungen Dritter in Rechnung zu stellen, dass die Hansestadt Lüneburg auch unter Nutzung der eigenen Pressekanäle als Arbeitgeber agiert, der eben eigene Interessen im aktuellen Arbeitskampf verfolgt. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nach § 85 Abs. 5 Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten ist.

3. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Positionen der Gewerkschaft ver.di und des Dachverbandes dbb über die Personalräte selbstverständlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. Beschäftigten in der Form zur Kenntnis gegeben werden können, dass sie am „elektronischen Schwarzen Brett“ veröffentlicht werden. Auf diese Informationsplattform haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zugriff. So kann sichergestellt werden, dass auch die Position der Gegenseite im Arbeitskampf kommuniziert wird.

Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme: 134,00 €

Im Original gezeichnet

Moßmann